



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/172 - 27.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Politik der dritten Garnitur	S. 1
Arabisches Intrigenspiel	S. 3
Bonn und die Juden	S. 5
Der "Kronprinz" der "Welt"	S. 7

Bonn fühlt sich stark

d.g. Als man des Kanzlers Urlaubsruhe am schweizerischen Bürgenstock durch die Mitteilung störte, daß die Gewerkschaften die Mitarbeit aufkündigen werden, soll Konrad Adenauer sich seinem geschäftsführenden Bonner Stellvertreter gegenüber keineswegs so sorglos geäußert haben, wie dieser selbst auf die DGB-Erklärung reagieren zu müssen glaubte. Vizekanzler Blücher wollte kanntlich "die Regierungsarbeit nicht durch große Worte stören lassen".

In dieser eigenwilligen politischen Ferienkonzeption des kopflos amtierenden Kabinetts scheinen ihm auch einige Minister folgen zu wollen. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, der die Abwesenheit seines Chefs gern dazu mißbraucht, die Grenzen seiner Beamtenstellung zu überschreiten und in politische Entscheidungen einzugreifen, gab im Bundesrat ein Beispiel dafür, wie sich die Bundesregierung - in deren Namen er zu sprechen wagte - die Erfüllung jener konstruktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik vorstellt, die sie in einer Antwort an den DGB angesprochen hatte. Während man am Vortag die Subventionierung des Konsumbrottes und die Verhinderung weiterer allgemeiner Preissteigerungen zugesagt hatte, forderte man 24 Stunden später die Freigabe des Margarinepreises. Eine noch bessere Illustration für die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer lieferte

Bundesverkehrsminister Seehofer, den man im neuen Bundesbahngesetz eine so starke und einflußreiche Stellung zugeschrieben hat, daß von einer Selbstverwaltung, geschweige denn von einem Mitbestimmungsrecht keine Rede mehr sein kann. Die Länderminister hatten anerkannt, daß über die Zusammensetzung des Vorstandes der Bundesbahn neue Verhandlungen notwendig seien und den Vermittlungsausschuß angerufen, noch ehe der DGB seine Forderung wiederholt hatte, das Mitbestimmungsrecht bei der Bundesbahn nach den Grundsätzen des Gesetzes im Sinne einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit durchzuführen. Sollte der Vermittlungsausschuß zu einer neuen Formulierung gelangen, könnte die Herrschaft des Verkehrsministers über die Bundesbahn erschüttert werden. Das galt es zu verhindern und so erschien Dr. Seehofer mit einer Regierungserklärung bewaffnet vor den Länderministern, um zu beweisen, in welcher Art und Weise sich die Bundesregierung mit den Forderungen der Gewerkschaften auseinandersetzen gedenkt. Man versucht diesmal mit geschäftsordnungsmäßigen Einwänden eine neue Verhandlung vor dem Vermittlungsausschuß abzuwürgen, um eine eventuell für die Gewerkschaften günstigere Regelung zu verhindern.

Wenn es für den DGB vor dem Zusammentritt seines Bundesausschusses noch eines Beweises für die unveränderte, ja in diesem Zeitpunkte geradezu herausfordernde Haltung der Regierung bedürft hätte, dann wurde er nunmehr gegeben. Während selbst gewerkschaftsfeindliche Organe zugaben müssen, daß es nicht leicht fallen werde, die vom DGB vorgebrachten Argumente zu entkräften, weil sie das restaurative Element in der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik nachweisen, glaubt die Regierung anscheinend, durch starke Worte darüber hinwegtäuschen zu können, daß ihre Position einer Bedrohung entgegenght, wie man sie sich bisher in ihren Reihen nicht vorzustellen gewagt hat.

+ + +

Tausend-und eine Mächtiger

B.C. London, 27.7.51

Um den verwaisten Thron von Jordan brodelt der Hexenkessel arabischer Intrigenpolitik.

Der Ermordete, König Abdulla Haschimi war der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Sein Ehrgeiz war die Vereinigung von Syrien, Jordan und Irak unter der Krone der Haschimi, der ältesten Herrscherfamilie im Orient. Sein Endziel: Das seit 1923 ruhende Khalifat mit dem Sitz in Damaskus. Sein Verbündeter: Das im Orient als unbesieglich geltende England, dem er in Glück und Unglück die Treue hielt.

Drei Gegenspieler standen ihm gegenüber: Der südarabische König Abdul Asis ibn Saud, der vor einem Menschenalter Abdullas Vater aus dem Hedschas vertrieben hatte; König Farouk von Ägypten, dessen Ehrgeiz es ist, als unbestrittener Führer aller Araber anerkannt zu werden und schließlich die von brennendem Machtstreben verzehrte Figur des Hadsch Amin el Husseini, des ehemaligen Mufti von Jerusalem. Seit 1936, seit Beginn des arabischen Aufstandes in Palästina ("Südsyrien" nennt er es) steht er an der Spitze der syrischen Nationalisten, jener Bewegung der halbgebildeten, unreifen Levantiner der Großstädte, die hoffen, in einem Großsyrien Beamtenstellungen zu ergattern. Die verachteten, dumpfen Massen der Fellachen, der ausgebeuteten, landhungrigen Bauern, haben in dieser Bewegung ebenso wenig Platz, wie ihre Brüder im Niltal.

Feindschaft gegen Israel und gegen Abdulla verbanden seit dem Palästina-Kriege von 1948 Farouk und Hadsch Amin in einem unsicheren, mißtrauischen Bündnis. Jetzt, nach der Ermordung des jordanischen Herrschers durch einen der Gefolgsleute des Exmufti, wird diese Interessengemeinschaft wohl im Kampfe um die Führung Arabiens untergehen.

Englische, französische und amerikanische Handels- und Ölinteressen sind unter der Oberfläche am Werke. In Irak gilt der Premierminister, Nuri Pascha es Seid, als Freund Englands (und daher als das nächste Opfer der Anhänger Hadsch Amins). König ibn Saud hat seit 1946 sich und sein Öl den Amerikanern verschrieben und scheint vorläufig alles Interesse an arabischer Politik verloren zu haben.

In Syrien und Libanon versuchen die Franzosen verzweifelt, ihre alte Vorherrschaftsstellung (und die Ölraffinerie von Tripoli) wiederzugewinnen, und der kürzlich in Amman ermordete Riad es Solch war ihr treuester Freund und Helfer. Rußland konzentriert seine verdeckte Propagandatätigkeit fast ausschließlich auf die Massen der unterdrückten Fellachen. In Israel wird die durch Abdullas Tod geschaffene Unsicherheit der Grenzen bei den kommenden Wahlen der vorsichtigen Wehrpolitik David ben Gurions, des amtierenden Premiers, willkommenen Auftrieb geben.

Der unmittelbare Zankapfel ist die Thronfolge in Jordan. Der älteste Sohn Abdullas, der Emir Tallal, gilt als schwachsinnig und befindet sich in einem Genfer Sanatorium. Sein Bruder Prinz Naif ist vom Ministerrat als Regent für die Zeit der Minderjährigkeit von Hussein, Tallals Sohn, eingeschworen worden. Naif war der Lieblingssohn Abdullas, und man hofft in London, daß er die englandfreundliche Politik seines Vaters fortsetzen werde, wenngleich man sich nicht darüber täuscht, daß dieser forschende junge Offizier (auf der englischen Kriegsakademie von Sandhurst ausgebildet) wohl kaum die Charakterstärke und aristokratische Gesinnung seines Vaters ererbt hat. Hadsch Amin hat bereits in einem Communiqué den Anspruch der syrischen Nationalisten angemeldet, den Emir Tallal, den "rechtmäßigen König" von Jordan als das Werkzeug seines eigenen Ehrgeizes zu gebrauchen. Hadsch Amins Laufbahn seit 1925 ist eine lange Reihe politischer Morde - schon in Palästina ließ er jenen arabischen Notabeln, der sich seinen Wünschen nicht fügte, "im Namen der heiligen Sache" hinmetseln. An Mordanschlägen gegen den jungen Regenten wird es nicht fehlen. Doch hat dieser die glänzend disziplinierte und ausgebildete, von seinem Vater aus dem Nichts geschaffene, Arabische Legion zu seiner Verfügung, die zwar nur 15000 Mann zählt, jedoch die einzige schlagfertige, ernstzunehmende Streitmacht im ganzen Mittleren Osten ist. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß es fürs erste zum offenen Kampfe kommen wird, vielmehr werden sowohl die Ägypter als auch die syrischen Nationalisten versuchen, mit Intrigen und Wählerarbeit Boden zu gewinnen. Und ob der junge Herrscher diesen Methoden gewachsen sein wird, bleibt abzuwarten. Seiner Lage und Militärmacht nach ist Jordan heute der Schlüssel zum Mittleren Osten.

Die Antwort drängt

-e. Unter dieser Überschrift wiederholte die "Allgemeine jüdische Wochenschrift" die seit 1949 immer wieder und von sehr verschiedenen Seiten gestellte Frage: "Wie erklärt sich das Stillschweigen der Bundesregierung auf die Feststellung, daß sie bisher keine offizielle Erklärung zur jüdischen Frage abgegeben hat, in welcher der Wille zu moralischer Wiedergutmachung erkennbar ist?" Diese Frage ist mit jedem nur dankbaren Recht gestellt und die Antwort drängt. Was hält den Bundeskanzler und sein Kabinett von einer Erklärung zur Judenfrage ab? Es ist umso schwerer herauszufinden, als es zunächst noch nicht um die Präzisierung einer materiellen Wiedergutmachung, um Reparationen geht, die Israel im Januar in Memoranden an die Westmächte von Deutschland forderte, sondern lediglich um eine eindeutige Stellungnahme der Bundesregierung zur jüdischen Frage.

Noch im November 1949 hatte Dr. Adenauer in einem Interview u.a. erklärt: Er wolle ein Referat für jüdische Angelegenheiten errichten, für die Wiedergutmachung des an den Juden verübten Unrechts sei seit 1945 viel zu wenig geschehen und "Deutschland braucht das jüdische Element, braucht den jüdischen Geist". "Das große Schweigen ist gebrochen", schrieb damals die oben zitierte Zeitung, aber sie irrte. Die Themen des Verhältnisses der Bundesregierung zu den Juden und das gegenüber dem Staat Israel wurden gemieden. Daran ändert auch nichts, daß Bundespräsident Heuß kürzlich Manfred George ein Interview gab, in dem diese Frage berührt wurde. Wir meinen, der Zeitpunkt für eine offizielle Erklärung ist nicht darum gekommen, weil sie ein Gebot außenpolitischer Klugheit wäre, sondern wir stehen - primär uns selbst gegenüber - vor der moralischen und politischen Notwendigkeit, die bitteren Tatsachen des Problems unseres Verhältnisses zu den Juden anzuerkennen und weder unsere Haltung ihren Ursprüngen, als auch deren Wirkungen gegenüber im bisherigen Zwielicht zu belassen. Es ist Sache der Bundesregierung, aus dieser Einsicht abseits des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts die Konsequenzen zu ziehen, Konsequenzen, die Bonns Haltung gegenüber den Juden im allgemeinen und dem Staat Israel im besonderen betreffen.

Es ist völlig richtig, daß die "Gegenseite" der Bundesregierung

eine entsprechende Erklärung nicht leicht macht. Möglicherweise würde eine solche Regierungserklärung, obwohl häufig gefordert, vor allem im Staat Israel, auf die gleiche eisige Abweisung stoßen, die dieser Staat bisher auf der internationalen Ebene so oft der Bundesrepublik bewies. Aber auch dann: Die Forderung nach eindeutiger Stellungnahme ist keine diplomatische Frage, die im Rahmen kluger politischer Abwägungen steht. Es geht nicht darum, aus den Berichten von Konferenzen, auf denen ein Deutschland betreffendes Thema zur Erörterung steht, die Worte "gegen die Stimme Israels" zu tilgen. Das kann vermutlich auch nach einer Erklärung der Bundesregierung noch eintreten. Die Bundesregierung - gewohnt an einseitige Erklärungen anderer - muß vielmehr jetzt ebenso eine Erklärung abgeben, in der Stellung bezogen wird gegenüber Vergangenen und der ehrliche Wille zum Ausdruck kommt, die Bitterkeit dieses Vergangenen in Gegenwart und Zukunft zu mildern, soweit es in unseren Kräften steht.

Hat die Bundesregierung wirklich, wie die "Allgemeine" glaubt, Angst vor einer solchen Stellungnahme, meint sie, sich die Kritik weiter Kreise in Deutschland zuzuziehen oder meint sie gar durch eine Aufrechnung von Auschwitz gegen Dresden lasse sich das Problem auf eine andere Ebene verlagern? Angst kann man dem Bundeskanzler nach seinem Interview aus dem Jahre 1949 nicht glauben. Was die mögliche Kritik angeht, so sollten es nicht die Deutschland bestimmenden Kreise sein, die eine Erklärung zur Judenfrage mißbilligen. Und die Aufrechnung? Die weltpolitische Entwicklung und die mit ihr verbundene Konjunktur des Vergessens ändert nichts an dem Geschehenen. Wir haben für das bei uns im Land und zumindest im "Namen Deutschlands" Geschehene einzustehen. Tun wir es nicht, soweit wir dazu in der Lage sind, wir werden die eisige Ablehnung der Juden nie überwinden und die Wiedergutmachung zu einer Farce werden lassen. Die Bundesregierung ist de jure Nachfolgerin der Reichsregierung. Es ist an der Bundesregierung, diesen juristischen Standpunkt auch politisch und moralisch gegenüber den Juden zu beweisen.

+ + +

Mottenkiste der "Welt"

-x. Da hat doch "Die Welt", von der Herr Henle im Bundestag behauptete, sie sei ein Blatt der SPD, in diesen Tagen so tief in die Mottenkiste gegriffen, daß man sich bei ihrem Studium in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurückversetzt glaubte. Sicher war das ein Rückfall in das Bemühen der Tage, da dieser Zeitung als Organ der Besatzungsmacht die Aufgabe der Reeducation - der Rickerziehung des nazisierten deutschen Volkes - zugewiesen war. Ob man diese Reeducation bis zur Reduktion übertreiben sollte, ist die eine Frage, die andere, auf welche Weise. Denn das Objekt der publizistischen Aufmerksamkeit dieser "aktuellen" Zeitung war unseres Erachtens zur Erziehung ungeeignet. Es konnte weder selbst zur angestrebten Demokratie erzogen werden, noch andere zur Demokratie erziehen - wir meinen den täglich in "Die Welt" groß mit Bild aufgemachten verstorbenen Kronprinzen Wilhelm von Preußen. Gott hab' ihn selig.

Aber das war der Repräsentant einer Zeit - liebe "Welt", die wohlverwahrt in der Mottenkiste ruhen sollte und Angehöriger eines Kreises der - teils offen, teils versteckt - seine monarchistische Restauration über den Nazismus erhoffte, ohne zu bemerken, daß er von den Nazis nur als Aushängeschild benutzt wurde. Das ist vorbei, -Historie, und der sollte man nichts nachtragen. Diese Menschen und ihre Zeit spuken nur noch in den Idyllen aussterbender Familien nach. Dahin zurück auf keinen Fall! Aber dem täglich die erste Zeitungsseite zu widmen, ist kein guter Einfall. Das halten wir nicht für Reeducation und auch nicht für aktuell, am allerwenigsten aber für sozialdemokratisch. Sie machen uns wenig Ehre, liebe "Welt"! Aber immerhin befinden Sie sich in guter Besatzungsgesellschaft, denn auch die Franzosen hatten um diesen "Preußen" Halbmast geflaggt.

+ + +

Sie gehört nicht zur S P D

Im Auftrage der kommunistischen Tarnorganisation "Demokratischer Frauenbund" bereist Frau Lilly Wächter, Rastatt, angeblich SPD, zur Zeit die Bundesrepublik und hält Vorträge über ihre Korea-Reise. Der Bezirksverband Südbaden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilt mit, daß Frau Lilly Wächter bereits am 26. Juni 1951 aus der SPD ausgeschlossen wurde.

Verantwortlich: Peter Raunau (z.Zt. in Urlaub)